

Schriften zum Arbeitsrecht und Wirtschaftsrecht 80

Herausgegeben von Abbo Junker

Christoph B. Kistler

Die Rechtmäßigkeit von Spartenstreiks

Alte Kriterien in neuem Licht

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Allgemeine Ausführungen	25
§ 1 Einführung in die Problematik	25
A. Einleitung	25
B. Gang der Untersuchung	30
§ 2 Begriff und Herleitung des Streikrechts	33
A. Begriff und Erscheinungsformen des Streiks	34
I. Begriff	34
II. Erscheinungsformen	35
B. Herleitung des Streikrechts	36
I. Die Gewährleistungen des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	37
II. Sonstiges Verfassungsrecht	38
C. Streik in anderen Ländern Europas	39
§ 3 Historische Entwicklung des Streikrechts	41
A. Der Streik im Mittelalter	41
B. Der Streik in der industriellen Revolution	43
C. Der Streik im Kaiserreich	45
D. Der Streik in der Weimarer Demokratie	46
E. Der Streik im Dritten Reich	47
F. Der Streik nach 1945	48
I. Allgemein	48
II. Der Streik im Licht der wesentlichen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts	50
1. BAG 28.01.1955: einheitliche Bewertung von Arbeitsk Kampfmaßnahmen	50
2. BAG 21.04.1971: Gebot der Verhältnismäßigkeit	51
3. BAG 10.06.1980: Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	51
4. BAG 07.07.2010: Einschränkung des Grundsatzes der Tarifeinheit	52
G. Zusammenfassung	53

§ 4	Streik durch Spartengewerkschaften.....	55
A.	Begriff der Sparten- bzw. Funktionselitengewerkschaften	55
B.	Entstehung der Gewerkschaftsstruktur	58
C.	Gewerkschaftspluralität in Europa.....	61
D.	Auswirkungen von Spartenstreiks	63
I.	Gefährdung des Betriebsfriedens.....	64
1.	Wegfall von klassischen „Streikzeiten“	64
2.	Unterschiedlicher Lohn für gleiche Arbeit.....	65
3.	Auseinandergehen der Lohnschere innerhalb des Betriebes	65
II.	Übermacht der Arbeitnehmer im einzelnen Arbeitskampf	66
III.	Verlust der stabilisierenden Funktion	67
IV.	Auswirkungen auf die Interessen der Allgemeinheit.....	68
V.	Wirtschaftliche Nachteile und ihre weitergehenden Auswirkungen.....	68
VI.	Divergieren von Leistungs- und Lohnniveau	69
E.	Behandlung von Spartenstreiks durch die jüngere Rechtsprechung	70
I.	Arbeitsgericht Nürnberg, Beschluss vom 08.08.2007	70
II.	Arbeitsgericht Chemnitz, Beschluss vom 05.10.2007	70
III.	Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 14.06.2007	71
IV.	Landesarbeitsgericht Sachsen, Urteil vom 02.11.2007	71
F.	Zwischenergebnis zum Streik durch Spartengewerkschaften	72
§ 5	Darstellung der bisherigen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Streiks	75
A.	Führung durch tariffähige Parteien	75
B.	Arbeitskampfgegner.....	76
C.	Erklären des Arbeitskampfes durch eine Tarifpartei	76
D.	Kampf um tariflich regelbare Ziele	77
E.	Kein Verstoß gegen die Friedenspflicht.....	77
F.	Gebot der Kampfparität.....	78
G.	Gebot der Verhältnismäßigkeit.....	78
I.	Ultima-Ratio-Prinzip (Erforderlichkeit)	79
II.	Proportionalität (Angemessenheit).....	80
H.	Gemeinwohlbindung.....	80
J.	Gebot fairer Kampfführung	81
2. Teil:	Restriktion von Spartenstreiks: allgemeine Erwägungen	83
§ 6	Abgewandelter Prüfungsaufbau	83
§ 7	Persönlicher Schutzbereich: arbeitskampffähige Parteien	87

A. Allgemeines zu den Anforderungen an eine Arbeitskampsmpartei.....	87
B. Überbetrieblichkeit	93
I. Argumente für die Notwendigkeit der Überbetrieblichkeit.....	93
II. Argumente gegen die Notwendigkeit der Überbetrieblichkeit	94
III. Stellungnahme.....	95
C. Zusammenfassung zum persönlichen Schutzbereich.....	97
§ 8 Sachlicher Schutzbereich: Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie.....	99
A. Allgemeines zum sachlichen Schutzbereich des Art. 9 III S. 1 GG	99
I. Die Entwicklung in der Rechtsprechung	101
II. Ansichten in der Literatur:	102
1. Kriterium der Koalitionsspezifität.....	102
2. Kriterium der Erforderlichkeit	104
III. Stellungnahme, eigener Ansatz.....	105
1. Ausgestaltung der Koalitionsspezifität.....	106
a. Argumente für eine enge Schutzbereichsinterpretation	106
b. Argumente für eine weite Schutzbereichsinterpretation	107
c. Stellungnahme zur allgemeinen Schutzbereichsinterpretation.....	109
d. Kriterien für die Koalitionsspezifität.....	110
2. Mittelbarer Schutz für Hilfs-Betätigungsformen	115
IV. Zwischenergebnis zum sachlichen Schutzbereich im Allgemeinen	116
B. Ausgestaltung der allgemeinen Notwendigkeit eines Streiks als Annex zur Tarifautonomie.....	117
I. Kriterien aus dem funktionalen Bezug zur Tarifautonomie	117
II. Kriterien aus dem Gedanken der Arbeitskampsmparität.....	118
1. Verortung der Arbeitskampsmparität	118
a. Arbeitskampsmparität als Prüfungspunkt der Verhältnismäßigkeit	119
b. Arbeitskampsmparität als selbständiger Prüfungspunkt.....	119
c. Stellungnahme	120
2. Paritätsmodelle.....	120
a. Der formelle Paritätsbegriff.....	121
b. Der normative Paritätsbegriff.....	121
c. Materielle Paritätsbegriffe	122
aa. Der Begriff der Gesamtparität	122
bb. Der Begriff der tarifbezogenen Parität	123
cc. Konkrete und abstrakte Betrachtung der Parität.....	123
d. Handhabung in der Rechtsprechung	123
e. Stellungnahme	124
3. Abstrakte Disparität durch Streik einer Funktionselitegewerkschafte?	125
4. Zwischenergebnis zur Arbeitskampsmparität	126

III. Kriterien aus dem Ultima-Ratio-Grundsatz	127
1. Verortung des Ultima-Ratio-Prinzips.....	127
2. Mögliche Bedeutung des Ultima-Ratio-Prinzips	128
a. Schlichtungserfordernis.....	128
aa. Argumente für ein Schlichtungserfordernis.....	128
bb. Argumente gegen ein Schlichtungserfordernis	129
b. Beginn des Arbeitskampfes.....	130
aa. Entwicklung der Rechtsprechung	130
bb. Ausdrückliches Erklären des Scheiterns	131
3. Stellungnahme.....	132
4. Zwischenergebnis zum Ultima-Ratio-Grundsatz	138
C. Zusammenfassung zum sachlichen Schutzbereich	139
§ 9 Ausgleich mit kollidierendem Verfassungsrecht (Verhältnismäßigkeit).....	141
A. Allgemeines zur Verhältnismäßigkeit	141
I. Herleitung der Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	142
1. Argumente gegen die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	142
2. Argumente für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	144
3. Stellungnahme.....	145
II. Bestimmung des Bezugspunktes der Verhältnismäßigkeit	148
1. Die Haltung der Rechtsprechung	149
2. Das Meinungsspektrum in der Literatur.....	149
a. Bezugspunkt der Kampfpraxis.....	150
b. Bezugspunkt der Willensbeeinflussung	150
c. Bezugspunkt der Tarifforderung	150
d. Bezugspunkt der Arbeitskampfparität.....	151
3. Stellungnahme, eigener Ansatz.....	151
a. Kritik an den bisherigen Lösungsansätzen	152
b. Eigener Ansatz aus der Parallele zum öffentlichen Recht	154
III. Zwischenergebnis bzgl. der Verhältnismäßigkeit im Allgemeinen	156
B. Verhältnismäßigkeitsprüfung.....	157
I. Geeignetheit.....	157
II. Erforderlichkeit	159
III. Angemessenheit und Herstellung praktischer Konkordanz	160
3. Teil: Restriktion von Spartenstreiks: konkrete Parameter.....	163
§ 10 Anhaltspunkte im angestrebten Tarifvertrag – rechtmäßiger Inhalt	163
A. Allgemeines zur Kontrolle des Inhalts	164

I. Zulässigkeit der Überprüfung des Forderungsvolumens – verbotene Tarifzensur?	165
1. Ablehnung einer Kontrolle des Forderungsvolumens.....	165
2. Zulassung einer Kontrolle des Forderungsvolumens.....	167
3. Stellungnahme.....	169
II. Konkretisierung des Bezugspunktes: Prüfungsrelevanter Forderungsinhalt	174
1. Abstellen auf das tatsächlich angestrebte Ziel	174
2. Abstellen auf die formal verkündete Forderung	175
3. Stellungnahme.....	176
III. Zwischenergebnis	178
B. Allgemeine Grenzen des Tarifvertragsinhalts	179
I. Tarifzuständigkeit.....	180
II. Tarifrierbarer Inhalt, § 1 TVG.....	180
III. Kollusives Handeln.....	180
IV. Grundrechtsbindung	181
1. Art der Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien.....	182
a. Relevanz des Streits.....	182
b. Die Haltung der Rechtsprechung	183
c. Mittelbare Grundrechtsbindung.....	184
d. Unmittelbare Grundrechtsbindung.....	186
e. Stellungnahme	189
2. Beispiele einschlägiger Grundrechte.....	194
a. Allgemeiner Überblick	195
b. Differenzierungsklauseln als Verstoß gegen Art. 9 III S. 1 GG?.....	196
aa. Schutzbereich der individuellen Koalitionsfreiheit	196
bb. Grundsätzliche Zulässigkeit von Differenzierungsklauseln.....	197
(a) Verneinung grundsätzlicher Zulässigkeit	197
(b) Bejahung grundsätzlicher Zulässigkeit.....	197
(c) Stellungnahme	198
cc. Höhe der zulässigen Differenzierung	199
(a) Sozialadäquanz	199
(b) Orientierung am Gewerkschaftsbeitrag	199
(c) Stellungnahme, eigener Ansatz.....	200
V. Zwischenergebnis.....	201
C. Konkretisierung der Grenzen anhand des einfachen Rechts: § 138 BGB	202
I. Anwendbarkeit auf Tarifverträge	202
1. Argumente gegen eine Anwendbarkeit	202
2. Argumente für eine Anwendbarkeit.....	204
3. Stellungnahme.....	205
II. Inhaltliche Ausgestaltung.....	207
1. Ausgestaltung durch die Rechtsprechung	208

2. Normzweck	209
3. Begriff der guten Sitten – sachliche und örtliche Orientierung	210
4. Merkmale der guten Sitten	211
a. Absicherung anerkannter Ordnungen	211
b. Abwehr von Freiheitsbeschränkungen	211
c. Abwehr der Ausnutzung von Machtpositionen	212
d. Abwehr der Schädigung Dritter	213
e. Abwehr von schweren Äquivalenzstörungen	214
f. Durchkreuzung verwerflicher Gesinnung	215
III. Grenzen für das Forderungsvolumen nach oben und unten – Richtwerte	215
1. Kompetenz zur Festlegung der guten Sitten	215
2. Eigener Ansatz	217
a. Grenze der Lohnhöhe nach oben und unten	222
b. Grenze der Erhöhung des Lohnes	225
IV. Zwischenergebnis	227
D. Zusammenfassung zur Inhaltskontrolle des angestrebten Tarifvertrages	228
§ 11 Anhaltspunkte aus der Durchführung des Kampfmittels	231
A. Friedenspflicht durch Verbandsmitgliedschaft des Arbeitgebers	231
B. Rechtsmissbrauch § 242 BGB	232
C. Arbeitskämpfparität – „Streikarithmetik“	236
I. Konkrete Disparität durch Streik einer Funktionselitengewerkschaft?	237
II. Herstellung von Parität	239
1. Liberalisierung des Rechts zur Aussperrung	239
2. Beschränkung des Streikrechts	240
a. Ausschluss des Streikrechts bei vorhandener Tarifordnung	240
b. Gestuftes Arbeitskämpfmodell	241
c. Eigener Ansatz: „Streikarithmetik“	242
III. Zwischenergebnis	249
D. Beeinträchtigung von Gemeinwohlbelangen	250
I. Die Haltung der Rechtsprechung	250
II. Argumentation in der Literatur	251
1. Gemeinwohlbelange als Grenze der Arbeitskämpfparteien	252
2. Keine Bindung an „das Gemeinwohl“	253
III. Stellungnahme	255
1. Keine Rechtsgrundlage für eine Bindung an das Gemeinwohl	256
2. „Das Gemeinwohl“ als unbestimmbarer Begriff	259
IV. Zwischenergebnis	261
E. Sonstige Grundrechte des Arbeitgebers und unbeteiligter Dritter	261
F. Zusammenfassung zur Beurteilung der Durchführung des Kampfmittels	270

4. Teil: Veranschaulichung der Ergebnisse und zusammenfassende Betrachtung.....	273
§ 12 Anwendung der skizzierten „neuen“ Parameter auf ein Fallbeispiel.....	273
§ 13 Schlussbetrachtung und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	283
Literaturverzeichnis.....	291